

**Schweizerische Volkspartei  
(SVP)**

**Jahresbericht**

**2008**



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	5
I. Erfolgsbilanz.....	6
1. Das Jahr 2008 im Rückblick.....	6
<i>Frühlingsession 2008 (3. März - 20. März 2008)</i> .....	9
<i>Sondersession 2008 (28. April 2008)</i> .....	12
<i>Sommersession 2008 (26. Mai - 13. Juni 2008)</i> .....	13
<i>Herbstsession 2008 (15. September - 3. Oktober 2008)</i> .....	18
<i>Wintersession 2008 (1. Dezember - 19. Dezember 2008)</i> .....	22
2. SVP-Frauen Schweiz.....	25
3. Vorstösse aus der SVP-Fraktion .....	25
4. Vernehmlassungsantworten der SVP .....	25
5. Positionspapiere der SVP .....	27
6. Communiqués, Pressedienste, Parteizeitung, Medienkonferenzen.....	28
7. Internet.....	29
II. Parteiorgane.....	31
1. Delegiertenversammlung.....	31
2. Zentralvorstand .....	34
3. Leitender Ausschuss .....	37
4. Parteileitung .....	38
5. Generalsekretariat .....	39
6. Fraktion der Bundesversammlung .....	40
III. Eidgenössische Volksabstimmungen .....	42
IV. Bundesratswahlen .....	44
V. Vertretung der SVP in den Kantonsparlamenten .....	45
VI. Die SVP-Kantonalsektionen ONLINE .....	46



## VORWORT



Mit der Abwahl von Bundesrat Christoph Blocher wurde die SVP 2008 in die Opposition gedrängt. Opposition bedeutet auf der Seite des Volkes zu stehen, keine Rücksicht auf eigene Regierungsmitglieder nehmen, sich bedingungslos für das Wohl von Volk und Land einzusetzen. Die SVP hat dies 2008 insbesondere in der Sicherheits-, Armee-, Bildungs-, Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik ohne Wenn und Aber getan.

Am 1. März 2008 wurde die neue Organisation und verbreiterte Führungsstruktur der SVP Schweiz inklusive neuer Parteileitung von der Delegiertenversammlung in Frauenfeld bestätigt. Als Nachfolger von Ueli Maurer wurde Nationalrat Toni Brunner zum neuen Parteipräsidenten gewählt. Im Jahr 2008 konnte die SVP über 13'000 Neueintritte von Mitgliedern verzeichnen.

Das verräterische Verhalten der Bündner Bundesrätin bei den Bundesratswahlen 2007 und ihre Weigerung die Konsequenzen zu ziehen, führte dazu, dass der Zentralvorstand der SVP Schweiz vor einer schwierigen Situation stand und schlussendlich die gesamte Bündner SVP aus der SVP Schweiz ausschloss. Die daraufhin neu gegründete SVP Graubünden konnte bereits Ende Jahr 2008 bekannt geben, dass sie nebst einem Ständerat und zwei Grossräten über 2000 Mitglieder habe. Der Ausschluss führte dazu, dass auch in den Kantonen Bern und Glarus gewisse Amtsträger und Parteimitglieder den Vorwand nutzten, um eine eigene Partei zu gründen.

Bei fünf von sechs kantonalen Wahlen war die SVP äusserst erfolgreich. In Basel-Stadt wurde die SVP zur stärksten bürgerlichen Kraft. Die Wähleranteile konnten in den Kantonen Schwyz (+8.40%), St. Gallen (+5.9%), Uri (+16.9%) und Thurgau (+3.6%) stark ausgebaut werden. Im Kanton St. Gallen und Nidwalden wurde zum ersten Mal ein SVP-Regierungsrat gewählt, im Kanton Schwyz stellt die SVP neu zum ersten Mal einen zweiten Regierungsrat und in den Kantonen Schaffhausen und Thurgau konnten die bisherigen zwei Regierungsratssitze problemlos gehalten werden.

Die von der SVP erfolgreiche lancierte Bildungsdebatte rund um HarmoS zeigte Wirkung. In den Kantonen Luzern, Thurgau und Graubünden erlitt HarmoS vor dem Volk Schiffbruch.

Am 10. Dezember 2008 zog die SVP mit der Wahl von Nationalrat Ueli Maurer wieder in den Bundesrat ein. So wird die SVP ihr Wahlversprechen – tiefere Steuern für alle, gegen einen EU-Beitritt und die konsequente Ausschaffung von kriminellen Ausländern – nun wieder auf allen Ebenen konsequent verfolgen. Nur so kann gewährleistet werden, dass wir auch in Zukunft ein der Eigenverantwortung verpflichtetes, freiheitliches und unabhängiges Land bleiben.

Silvia Bär  
Generalsekretärin ad interim

# I. ERFOLGSBILANZ

## 1. Das Jahr 2008 im Rückblick

### JANUAR

Das Jahr 2008 steht im Zeichen eines **neuen politischen Systems** in der Schweiz. Nachdem die SVP am 12. Dezember 2007 mit der Abwahl von Bundesrat Christoph Blocher in die Opposition gedrängt wurde, muss die Partei jetzt aus dieser Rolle heraus politisieren. Die Richtschnur für diese Arbeit sind das Parteiprogramm sowie der "Vertrag mit dem Volk". Im Zentrum der SVP-Politik steht die Erfüllung des Wählerauftrags – und damit folgende Schwerpunkte:

- **Senkung von Steuern, Abgaben und Gebühren**
- **Einsatz für eine unabhängige, neutrale Schweiz**
- **Bekämpfung von Kriminalität sowie Asyl- und Sozialmissbrauch**

Die Aufgaben der **SVP in der Opposition** wurden am ersten Wochenende im Januar auch an der traditionellen SVP-Kadertagung in Bad Horn thematisiert.

## Vertrag mit dem Volk

Im Willen, mit all unseren Kräften für die Schweiz einzustehen,  
im Bewusstsein, dass die Freiheit unseren täglichen Einsatz erfordert;  
in der Überzeugung, dass wir die Schwachen nur stärken, wenn wir  
die Starken nicht schwächen, stehen wir für folgende Grundsätze ein:

- Wir wollen der Europäischen Union nicht beitreten.
- Wir wollen die kriminellen Ausländer ausschaffen.
- Wir wollen für alle die Steuern senken.

Dazu verpflichten sich die Vertreterinnen und Vertreter der Schweizerischen Volkspartei gegenüber ihren Wählerinnen und Wählern.

Im August des Jahres 2007

Im Namen der National- und Ständeratskandidatinnen und -kandidaten der SVP

Ueli Maurer,  
Parteipräsident



Caspar Baader,  
Fraktionspräsident



Am 11. Januar haben der Leitende Ausschuss und der Zentralvorstand die **Neuorganisation der Führungsstrukturen** der SVP Schweiz zu Händen der Delegiertenversammlung vom 1. März beschlossen. Als Nachfolger des abtretenden Parteipräsidenten Ueli Maurer wird der St. Galler Nationalrat Toni Brunner vorgeschlagen. Ergänzt wird die Geschäftsleitung durch Fraktionspräsident Caspar Baader und fünf Vizepräsidenten (Nationalräte Adrian Amstutz und Yvan Perrin, Nationalrätin Jasmin Hutter sowie dem abgewählten Bundesrat Christoph Blocher und Walter Frey).

Zu den zwei eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 24. Februar werden die Parolen einstimmig gefasst: Die SVP sagt **JA zur Unternehmenssteuerreform II** und **NEIN zur Volksinitiative „gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten“**.

## FEBRUAR

Am ersten Februar fordert die SVP an einer Pressekonferenz, dass der Bundesrat im **Steuerstreit mit der EU** klar Position bezieht: Die europäischen Attacken auf die schweizerische Steuergesetzgebung sind unberechtigt. Kein Land hat das Recht, von einem anderen die Änderung von Gesetzen zu verlangen, nur weil es sich in einem Wettbewerbsnachteil wähnt. Deshalb soll die EU eine **unwiderrufliche, verbindliche Verpflichtung** abgeben, die schweizerische Souveränität (auch im Steuerbereich) nicht weiter in Frage zu stellen, ansonsten darf die Schweiz der erweiterten Personenfreizügigkeit nicht zustimmen. Einmal mehr verteidigt die SVP als einzige Partei die schweizerischen Interessen ohne Wenn und Aber.

Unter dem Titel **„Nein zum Arbeitsplatz-Export“** nimmt die SVP am 12. Februar 2008 Stellung zu den Bestrebungen des Bundesrates ein **Agrarfreihandelsabkommen mit der EU** auszuhandeln. Die Erfüllung des multifunktionalen Leistungsauftrags wurde den Schweizer Bauern laufend erschwert. Ein Freihandelsabkommen geht genau in die falsche Richtung. Statt unsere Landwirtschaft zu stärken, würden mit diesem Abkommen ein wichtiger Zweig der Schweizer Wirtschaft praktisch aufgegeben und Zehntausende von Arbeitsplätzen an die EU verloren. Die SVP fordert eine **von der EU unabhängige, eigenständige Agrarpolitik**.

Dem Grundsatz „Unsere Regeln gelten für alle“ folgt die **Volksinitiative „für die Ausschaffung krimineller Ausländer“**, welche die SVP am 15. Februar mit über 232'000 Unterschriften einreicht.



Diese Initiative ist ein wichtiger Schritt zur **Bekämpfung der Gewalt- und Kriminalitätsprobleme mit Ausländern**. Wer gegen das Gesetz verstösst oder sich auf Kosten der Sozialwerke ein schönes Leben macht, hat bei uns nichts zu suchen. Solche schwarzen Schafe wollen wir nicht in der Schweiz. Die SVP hat ihre Hausaufgaben in diesem Bereich also gemacht, der Ball liegt nun bei der Regierung, die alles daran setzen muss die Volksinitiative rasch zu behandeln und dem Volk zur Abstimmung vorzulegen.

**Am 24. Februar hat der Souverän in einer Volksabstimmung die Unternehmenssteuerreform II mit 50.5 Prozent Ja-Anteil angenommen und damit steuerliche Hindernisse im Bereich der KMU beseitigt. Die Volksinitiative gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten wurde mit 68.1 Prozent Nein wuchtig verworfen.**

Bei den **Regierungsratswahlen im Kanton Thurgau** kann die SVP am 24. Februar ihre **beiden Sitze halten**, sowohl Jakob Stark als auch Monika Knill-Kradolfer erreichen deutlich das notwendige absolute Mehr.

An ihrer Pressekonferenz vom 25. Februar 2008 fordert die SVP eine **Neuorientierung der Entwicklungshilfe**. Das Ziel soll die Schaffung von Transparenz und die Koppelung der Zahlungen an Schweizer Interessen sein. Die detaillierten Forderungen werden im **Positionspapier "Freiheit und Eigenverantwortung statt Abhängigkeit und Korruption"** zusammengefasst.

## MÄRZ

Der Monat März beginnt mit der Delegiertenversammlung in Frauenfeld (TG). Dort stehen die Gegenmassnahmen der SVP als Reaktion auf den unhaltbaren Druck der EU auf unser Steuersystem im Zentrum. Die Delegierten verabschieden **zwölf europapolitische Forderungen** an den Bundesrat und halten dabei nochmals die grundsätzliche Stossrichtung der SVP fest: **Ein EU-Beitritt ist keine Option** für die Schweiz und das entsprechende **EU-Beitritts-gesuch ist zurückzuziehen**.

Ausserdem wird in Frauenfeld auch die neue Parteileitung gewählt und **Nationalrat Toni Brunner (SG) tritt die Nachfolge von Ueli Maurer als Präsident der SVP Schweiz an**.



### **Frühlingsession 2008 (3. März - 20. März 2008)**

Die Frühjahrsession 2008 ist die erste Session der SVP in der Opposition. Gleich am ersten Tag zeigt sich, was Opposition bedeutet. Die SVP wehrt sich alleine dagegen, dass sich das Parlament einmal mehr 1.3 Millionen Franken für Lohnerhöhungen und Teuerungsanpassungen genehmigt. Am Tag danach scheitern sodann die SVP-Vertreter an den bürgerlichen Vertretern der anderen Parteien, welche ihre Versprechen, die sie noch vor den Wahlen abgegeben hatten, nicht mehr halten und eine Motion der SVP zur Senkung des Gewinnsteuersatzes für Unternehmen entschieden ablehnen.

Allgemein steht die Session ganz im Zeichen der Verluste bei SBB-Cargo und der angekündigten Schliessung des Cargo-Werks in Bellinzona. Am 18. März 2008 wird diesbezüglich eine dringliche Debatte durchgeführt. Die SVP geisselt die massiven Verluste bei SBB-Cargo in einer Phase der Hochkonjunktur durch das sozialistische Missmanagement. Die SVP-Fraktion beschliesst, die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zu verlangen. Ein weiteres Sessionsthema ist die Verlängerung des Ärztestopps gegenüber der EU. Während der Nationalrat die Aufhebung des Ärztestopps beschliesst, will der Ständerat an diesem festhalten. Weiter behandelt der Nationalrat die KVG-Teilrevision über die Medikamentenpreise. Der Nationalrat beschliesst entgegen dem Willen des Ständerates, drei Initiativen zur steuerlichen Begünstigung des Bausparens Folge zu geben. Weiter fordert der Nationalrat die Dumont-Praxis abschaffen. Dadurch werden Altbaurenovationen wieder steuerlich abzugsfähig gemacht. Der Ständerat verschärft bei der Beratung der Parlamentarischen Initiative Gutzwiller den Schutz vor dem Passivrauchen. Es sollen keine Ausnahmeregelungen für Bars mehr möglich sein. Der Ständerat verlangt im Bereich der Pflegefinanzierung bei der Frage der Akut- und Übergangspflege, dass die Patienten vermehrt an den Kosten beteiligt werden. Der Nationalrat beschliesst, gegen den Willen der SVP, die Mehrwertsteuer für die marode Invalidenversicherung um 0,4 Prozentpunkte für 7 Jahre anzuheben. Die SVP wird diese Vorlage vor dem Volk bekämpfen, denn die IV muss ausgabenseitig mittels einer 6. IV-Revision saniert werden. Ebenfalls ist die 11. AHV-Revision im Nationalrat traktandiert. Sämtliche Vorschläge der SVP finden eine Mehrheit. So wird die eigentliche Sanierungsvorlage ohne neue Sozialleistungen beschlossen und auf die Überbrückungsrenten wird nicht eingetreten. Der Nationalrat hält weiter beim Zwangsanwendungsgesetz am Einsatz des umstrittenen Tasers fest. Der Ständerat berät als Zweitrat über die Hanfinitiative und lehnt sie – wider Erwarten – äusserst knapp ab. Der Nationalrat diskutiert über die Einführung des biometrischen Passes. Die SVP-Fraktion ist in dieser Frage gespalten – es gilt zwischen freiheitlichen und sicherheitspolitischen Überlegungen abzuwägen. Einig sind sich die SVP-Parlamentarier jedoch darin, dass die Kosten für die Einführung des Passes deutlich reduziert werden müssen. Der Nationalrat bewilligt zudem 20 Millionen Franken für die Weltausstellung in Shanghai im Jahr 2010. Nach dem Ständerat lehnt auch der Nationalrat die Verbandsbeschwerdeinitiative der FDP ab. Der Nationalrat beschliesst die Vorlage zur Abschaffung der Lex Koller an den Bundesrat zurückzuweisen – insbesondere sollen eine Mindestwohnsitzdauer für Ausländer sowie Massnahmen betreffend Zweitwohnungsproblematik geprüft werden. Ebenfalls lehnt der Nationalrat die Volksinitiative für die Unverjährbarkeit von pornographischen Straftaten an Kindern, entgegen dem Willen der SVP, ab.

Am 20. März 2008 führt der Nationalrat eine dringliche Debatte zur Frage des EU-Drucks auf das Schweizer Steuersystem, zur Finanzkrise und zur Stärkung des Bankkundengeheimnisses durch.

*Am letzten Sessionstag versenkt der Nationalrat eine Parlamentarische Initiative der SVP-Fraktion zur Einführung des Finanzreferendums. Nachdem früher sämtliche bürgerlichen Parteien dahinter standen, unterstützt nunmehr nur noch die SVP den Ausbau der Volksrechte zur Disziplinierung des Bundeshaushalts.*

*Am 19. März 2008 wird Dr. Yves Donzallaz (SVP/VS) ans Bundesgericht und Frau Gabriela Freihofer (SVP/ZH) ans Bundesverwaltungsgericht gewählt. Damit wird ein wichtiger Schritt gemacht, um die Untervertretung der SVP an den Gerichten kleiner werden zu lassen.*

Am 6. März strahlt das Schweizer Fernsehen SF eine **Dokumentation über die Abwahl von Christoph Blocher** aus, welche zu einem grossen Echo führt. In der SVP-Basis wächst der Unmut über das unehrliche, intrigante Vorgehen von Bundesrätin **Eveline Widmer-Schlumpf**, welche ihre Wahl mit dem politischen Gegner plante. Die Parteileitung klärt den Sachverhalt deshalb genauer ab.

Bei den Wahlen in den Kantonen **Schwyz und St. Gallen kann die SVP auf hohem Niveau noch einmal an Wähleranteilen zulegen**. Die Partei gewinnt 14 Sitze im Schwyzer Parlament und holt sich **erstmalig in Schwyz einen zweiten Regierungssitz** (gewählt werden Walter Stählin und neu Andreas Barraud). In St. Gallen wurde das Parlament von 180 auf 120 Sitze reduziert. Die **SVP steigerte den Wähleranteil um 5.9 %** (auf neu 30.5%) und ist damit **deutlich die stärkste Partei im Kanton St. Gallen**.

Die geplante Reform zur Harmonisierung der obligatorischen Schule „**HarmoS**“ **fordert politische Sofortmassnahmen**. Mit den vorgeschlagenen Anpassungen würde den Eltern ihr Erziehungsauftrag entzogen und an den Staat übertragen. An einer Pressekonferenz bezieht die SVP am 25. März deshalb Stellung und zeigt auf, weshalb sie diese Bevormundung und Verstaatlichung konsequent bekämpft. Die SVP koordiniert den Widerstand gegen HarmoS gesamtschweizerisch und setzt sich zum **Ziel in allen Kantonen das Referendum zu ergreifen**.

## **APRIL**

Nachdem diverse Ausschlussanträge eingegangen sind präsentiert die Parteileitung die Ergebnisse ihrer Abklärungen in Bezug auf die Abwahl von Christoph Blocher aus dem Bundesrat. Die neugewählte Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf hat ihre Wahl mit dem politischen Gegner vorbereitet und so den **parteieigenen SVP-Bundesrat aus dem Amt gedrängt**. Sie hat dabei ihre eigenen Interessen über diejenigen der Partei gestellt und sowohl die Parteispitze als auch die Öffentlichkeit wahrheitswidrig über das Zustandekommen ihrer Kandidatur informiert. Am 4. April 2008 bestätigt der Zentralvorstand der SVP Schweiz den Antrag der Parteileitung und **fordert Eveline Widmer-Schlumpf auf**, ihr Amt in der Regierung niederzulegen und **aus der Schweizerischen Volkspartei auszutreten**. Sollte sie dies nicht tun, muss die SVP Kantonalpartei Graubünden entsprechende Schritte einleiten und die Bundesrätin ausschliessen.

An der Delegiertenversammlung vom 5. April im Kanton Obwalden steht die SVP-**Einbürgerungsinitiative**, über welche am 1. Juni 2008 abgestimmt wird, im Zent-

rum. Die jährlichen Einbürgerungen haben sich von 1991 bis 2007 beinahe veracht-facht.

Die Volksinitiative der SVP hat zum Ziel, den Einbürgerungsentscheid endlich als demokratischen Akt in der Verfassung zu verankern. **Die Delegierten beschlies-sen mit 525 gegen 1 Stimme die Ja-Parole!**

Bei den **Grossratswahlen im Kanton Thurgau** feiert die SVP am 6. April einen weiteren Wahlerfolg. Die Partei kann ihren **Wähleranteil auf 36.4 Prozent stei-gern** (+3.6%) und gewinnt damit **4 neue Sitze**. Und auch im **Kanton Uri bei den Landratswahlen** schneidet die SVP hervorragend ab, sie **verdoppelt ihre Sitz-zahl von 9 auf 18 Sitze!**

Am 13. April wird im zweiten Wahlgang mit **Ueli Amstad erstmals ein SVP-Vertreter in die Nidwaldner Regierung gewählt**.

Die SVP präsentiert in der Folge am 15. April an einer Pressekonferenz das detail-lierte **Argumentarium zur Einbürgerungsinitiative** sowie das Sujet für die Ab-stimmungskampagne. Dank der aktuellen Vorlage soll der Entscheid, wer Schweizer wird und wer nicht, weiterhin vom Volk getroffen werden können. Einbürgerungen dürfen nicht zum Verwaltungsakt verkommen. Für die Kampagne verwendet die SVP ein Sujet, welches in ähnlicher Form bereits 2004 für die Abstimmung zu den beiden Einbürgerungsvorlagen verwendet hat.



**Das Sujet der Hände, die nach den Pässen greifen, widerspiegelt die stei-genden Einbürgerungszahlen der letzten Jahre sowie die sinkenden Anfor-derungen an die Antragssteller.**

Am 19. April fordert die SVP-Fraktion die **Sistierung der Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien**, bis die EU eine unwiderrufliche, verbindliche und schriftliche Erklärung über die Steuersouveränität der Schweiz abgibt. Die SVP kämpft gegen die bedingungslose Annahme dieser Ausdehnung, welche vorab im Interesse der EU liegt. Da die Schweiz durch diesen Vertrag kaum einen direkten Nutzen erzielen wird, muss er mit der **Anerkennung der schweizerischen Steuersouveränität durch die EU** verknüpft werden.

### **Sondersession 2008 (28. April 2008)**

*In diesem Jahr trifft sich nur der Ständerat zu einer Sondersession zwischen der Frühjahrs- und der Sondersession. In dieser eintägigen Session werden zwei Geschäfte behandelt. Zum einen beschliesst der Ständerat, die Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit der EU mit deren Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien miteinander zu verknüpfen und somit dem Volk als Paket vorzulegen. Zum anderen behandelt der Ständerat als Erstrat die Legislaturplanung 2007 bis 2011. Wichtigster Beschluss hierbei ist, dass das Road-Pricing aus der Legislaturplanung gestrichen wird. Ausserdem erachtet der Ständerat eine 6. IV-Revision als notwendig.*

## **MAI**

Im Abstimmungskampf zur Einbürgerungsinitiative geht die SVP einmal mehr neue Wege. Nach den erfolgreichen Feldwerbungen im Wahljahr 2007 wird nun auch bei der Kampagne zur Einbürgerungsinitiative ein **spezielles Werbemittel** eingesetzt. Am 2. Mai enthüllt die Partei an der Aussenfassade des Parkhauses an der Pfingstweidstrasse in Zürich ein riesiges Abstimmungsplakat mit knapp 160 m<sup>2</sup> Grundfläche.



Dabei handelt es sich um **das grösste Plakat, das in der Schweiz jemals für politische Kommunikation eingesetzt wurde.**

Am 4. Mai zieht die **SVP im zweiten Wahlgang mit Stefan Kölliker** zum ersten Mal **in die St. Galler Regierung** ein.

Nachdem Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf nicht auf die Austrittsforderung reagiert hat und auch die SVP Graubünden die gesetzte Frist verstreichen liess, ohne tätig zu werden, beschliesst der Zentralvorstand der SVP Schweiz am 17. Mai die **Eröffnung des Ausschliessungsverfahrens gegen die SVP Graubünden**. Die Anhörung sowie der definitive Entscheid über einen Ausschluss werden für den 1. Juni angesetzt.

### **Sommersession 2008 (26. Mai - 13. Juni 2008)**

*Wegen der Euro 2008 wird die diesjährige Sommersession eine Woche früher als üblich abgehalten. Die Session steht denn auch ganz im Zeichen des Fussballs. So führt etwa der Ständerat aufgrund eines grossen holländischen Fussballfestes auf dem Bundesplatz am 9. Juni keine Sitzung durch und auch im Rat ist die Präsenz der Parlamentarier mangelhaft. Am Mittwoch 4. Juni 2008 führt die SVP ihren traditionellen Fraktionsausflug durch, welcher dieses Jahr in den Kanton Neuenburg geht. Nach einer Schifffahrt auf dem Neuenburgersee besucht die SVP zwei Getränkehersteller im Val-de-Travers. Am Abend sitzt die SVP-Fraktion mit der Dorfbevölkerung von Les Ponts-de-Martel zu einem gemütlichen Fondue zusammen.*

*Wie üblich behandeln die Räte in der Sommersession die Staatsrechnung. Aufgrund der guten Konjunkturlage gestaltet sich der Abschluss mit plus 4,1 Milliarden Franken recht positiv. Die SVP ist die einzige Partei, welche auf die kommenden ausserordentlichen Milliardenverpflichtungen in der Höhe von rund 20 Milliarden hinweist, welche die Einhaltung der längerfristigen Zielvorgaben des Bundes gefährden. Beide Räte heissen die Staatsrechnung einstimmig (SR), respektive mit grossem Mehr (NR) gut.*

*Das Schwerpunktgeschäft der Session ist die Frage der Weiterführung, resp. der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Bulgarien und Rumänien. Entgegen dem früheren Beschluss des Ständerates entscheidet der Nationalrat zunächst, die beiden Vorlagen aufzutrennen. In der Einigungskonferenz setzt sich der Ständerat durch und damit wird dem Volk, entgegen früheren Versprechungen, keine Möglichkeit gewährt, getrennt über die Ausdehnung und die Weiterführung der Personenfreizügigkeit zu befinden. Ein weiteres zentrales Geschäft der Session ist die Beratung des Militärgesetzes. Hier setzt sich die SVP zusammen mit der SP und den Grünen in fast allen wichtigen Punkten durch. So können die obligatorischen Ausland-WKs sowie die Verpflichtung von Berufsmilitärs zu Auslandseinsätzen vorerst verhindert werden. Ausserdem wird verhindert, dass der Bundesrat vereinfacht Truppen einsetzen kann, ohne das Parlament zu konsultieren. Ein brisantes Thema ist die Frage der Weiterführung des Zulassungsstopps für Allgemeinmediziner. Der Nationalrat hatte eine Weiterführung in der Frühjahrsession abgelehnt, der Ständerat hielt daran fest. In der Differenzbereinigung einigt man sich auf eine erneute Weiterführung des Zulassungsstopps bis zum 31. Dezember 2009.*

*Der Ständerat befasst sich mit der Zukünftigen Entwicklung der Eisenbahngrossprojekte (ZEB) und stockt die Vorlage gegenüber dem Bundesrat noch einmal um 200 Millionen Franken auf insgesamt 5,4 Milliarden Franken auf, obwohl die Kosten bei der NEAT weiterhin aus dem Ruder laufen und schon heute absehbar ist, dass auch der ZEB-Kredit nicht ausreichen wird. Weiter berät der Nationalrat über verschiedene Änderungen im Parlamentsgesetz und im Geschäftsreglement. Wie früher sollen*

*Vorstösse automatisch nach zwei Jahren abgeschrieben werden, falls sie nicht behandelt wurden. Der Ständerat lehnt schliesslich die Initiative der Gewerkschaften für ein tieferes Rentenalter deutlich ab.*

*Der Nationalrat hat sich ausserdem mit der Frage des Systementscheides im Patentrecht zu befassen. Entgegen anders lautenden Äusserungen der Mitteparteien, findet sich eine knappe Mehrheit im Nationalrat, welche mit der SVP an der nationalen Erschöpfung festhält. Bei der IV-Finanzierung setzt sich eine Mitte-Links-Koalition gegen den Willen der SVP durch, welche die Mehrwertsteuer proportional um 0.4 Prozent erhöhen und der IV 5 Milliarden Franken AHV-Gelder als Startkapital geben will. Die SVP wird diese Vorlage, welche dem obligatorischen Referendum untersteht, in der Volksabstimmung bekämpfen. Anlässlich der Beratung der Legislaturplanung hat der Nationalrat diversen SVP-Forderungen zugestimmt. So obsiegt ein SVP-Antrag zur steuerlichen Entlastung von Familien mit Kindern. Zur Stärkung der schweizerischen Landwirtschaft wird auf Antrag der SVP beschlossen, dass die Doha-Runde nicht zu einer Schwächung der inländischen Landwirtschaft führen darf und dass eine weitere Reduktion des landwirtschaftlichen Einkommens und des Selbstversorgungsgrades zu verhindern ist. Ein weiterer Erfolg der SVP ist die definitive Streichung der Strassenzölle (Road Pricing) aus dem Legislaturprogramm.*

*Der Nationalrat befasst sich zudem mit der Frage der Entwicklungshilfe. Die SVP kann – entgegen den Beschlüssen in der APK-NR – verhindern, dass die Entwicklungshilfegelder auf 0.7 Prozent des Volkseinkommens aufgestockt werden. Allerdings lehnt der Rat weitere Kürzungsanträge der SVP ab. Der Nationalrat berät sodann die Schweizerische Zivilprozessordnung – einzig die SVP brachte kritische Einwände ein. So wird die Vorlage klar gutgeheissen. Der Ständerat weist wie zuvor schon der Nationalrat die Vorlage zur Aufhebung der Lex Koller an den Bundesrat zurück. Der Nationalrat folgt sodann dem energiepolitischen Programm des Bundesrates und stimmt entgegen dem Willen der SVP zusätzlichen Vorschriften zur Steigerung der Energieeffizienz sowie Energieetiketten für Gebäude und Geräte zu. Dafür lehnt der Nationalrat die Einführung von Partikelfilter für Dieselmotoren ab, was einem Erfolg der SVP gleichkommt. Der Ständerat lehnt ferner drei parlamentarische Initiativen zur fakultativen Einführung des Bausparens definitiv ab.*

*Am Donnerstag 12. Juni 2008 hält der Nationalrat eine dringliche Debatte über die Frage der Ernährungssicherheit und der Rohstoffpreise ab. Die SVP hat hierzu eine dringliche Interpellation sowie vier Motionen eingereicht, welche die Bevölkerung vor den horrenden Treibstoffpreisen entlasten soll.*

## **JUNI**

Am 1. Juni treffen sich die zuständigen Parteigremien der SVP Schweiz (Leitender Ausschuss und Zentralvorstand) in Zürich, um das eröffnete Ausschliessungsverfahren gegen die SVP Graubünden abzuschliessen. **Nach Anhörung** der betroffenen Kantonalpartei **beschliesst der Zentralvorstand mit 81 zu 5 Stimmen die Sektion Graubünden** aus der SVP Schweiz **auszuschliessen**.

Die fraktionslose Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf ist ab diesem Zeitpunkt nicht mehr Mitglied der SVP. In der Folge verliert die Partei sechs Fraktionsmitglieder und in den Kantonen Glarus und Bern wird der Entscheid von einigen Mandatsträgern als Vorwand genutzt, um eine eigene Partei zu gründen. Im Kanton Grau-

bünden wird die **Neugründung einer SVP-Kantonalpartei** sofort an die Hand genommen. Im Herbst 2008 tritt auch Ständeratspräsident Christoffel Brändli der neuen Bündner SVP-Kantonalsektion bei.

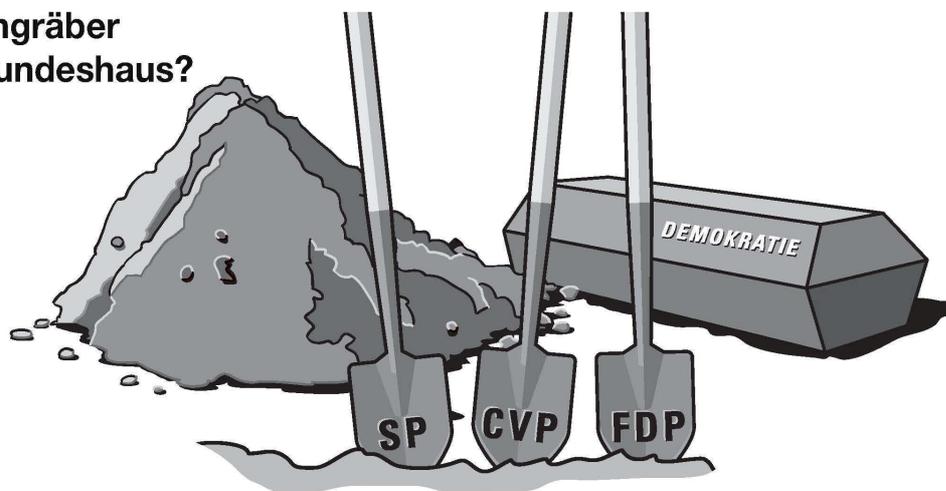
**Das Schweizer Volk stimmt am 1. Juni über drei Vorlagen ab. Die Volksinitiative „für demokratische Einbürgerungen“ wird mit 63.8 % abgelehnt. Auch die Volksinitiative "Volkssouveränität statt Behördenpropaganda" (75.2% Nein) und der Verfassungsartikel "Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung" (69.5% Nein) werden deutlich verworfen.**

Anlässlich einer Medienorientierung präsentiert die SVP am 2. Juni ihre **Vorschläge zur Legislaturplanung 2007-2011**. Im Zentrum der Anträge, welche die SVP in der Sommersession zu diesem Geschäft einbringen wird, stehen das Parteiprogramm „Mein Zuhause – unsere Schweiz“ sowie die **Ziele aus dem Vertrag mit dem Volk**.

Am 19. Juni beschliesst die Rechtskommission des Nationalrates **die parlamentarische Immunität von Nationalrat Toni Brunner aufzuheben**. Dies, obwohl der SVP Präsident in der Affäre um den GPK-Bericht vom Staatsanwalt weder beschuldigt noch eine Voruntersuchung gegen ihn eröffnet worden ist. Bei diesem Entscheid handelt es sich um **eine rein politisch motivierte Vorverurteilung, um den SVP-Präsidenten und damit die gesamte Partei in Verruf zu bringen**. Die definitive Entscheidung über die Immunitätsaufhebung bleibt – nachdem der Ständerat anders entschieden hat – bis Ende Jahr pendent.

Nachdem die Regierungsparteien SP, CVP und FDP die **Weiterführung der Personenfreizügigkeit und deren Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien in einem undemokratischen Mogelpaket** zusammengebunden haben, reagiert die SVP am 27. Juni mit einer Pressekonferenz. Mit diesem skandalösen Vorgehen betätigen sich SP, CVP und FDP als Totengräber der Demokratie. Die SVP kann nicht hinnehmen, dass die **verfassungsrechtliche Garantie der unverfälschten Stimmabgabe verletzt** wird und eine Volksabstimmung so zur Farce verkommt.

**Totengräber  
im Bundeshaus?**



**Vor der EU kuschen  
und das Volk austricksen!**

Der, der schweizerischen Demokratie unwürdige, Beschluss des Parlaments über die **Verknüpfung der Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit** steht auch im Zentrum der Delegiertenversammlung vom 5. Juli im Kanton Wallis. Die **Delegierten der SVP Schweiz entscheiden, auf ein Referendum zu verzichten**, da auf zwei Fragen nur eine Antwort möglich wäre und das Resultat keinesfalls interpretierbar sei.

Zudem erfolgt an dieser DV auch die **Aufnahme der neu gegründeten SVP Graubünden in die SVP Schweiz**. Die jüngste SVP-Kantonalpartei ist mit einer grossen Delegation, angeführt vom neuen Präsidenten Jon Peider Lemm, in Brig anwesend.

Am 10. Juli stellt die SVP den Medien an einer Pressekonferenz ihr Konzept zur Revision des Strafrechts vor. Unter dem Titel „**Sicherheit schaffen statt Täter verhätscheln**“ geht es vor allem um Massnahmen zur **Verschärfung der Sanktionen im Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches**. Die Sicherheit der Bürger ist höher zu werten als das Wohlergehen der Täter. In ihrem Positionspapier „Der neue Allgemeine Teil des Strafgesetzbuches: Ein Sanierungsfall“ fasst die SVP ihre entsprechenden Forderungen zusammen.



Nach der Ablehnung der Einbürgerungsinitiative sind andere Wege zur **Regulierung der wachsenden Einbürgerungszahlen notwendig**. Die SVP zeigt am 30. Juli auf, wie die Anforderungen an die Kandidaten erhöht und konsequent durchgesetzt werden können. Es gilt auch bei Einbürgerungen „**Schweizer Qualität**“ zu **garantieren** und weitere Masseneinbürgerungen zu verhindern. An einer Pressekonferenz präsentiert die SVP ihr **Positionspapier zur Erteilung des Schweizer Bürgerrechts**.

Nach diversen Unfällen – mit unter anderen fünf Todesopfern auf der Kander – und mangelhafter Kommunikation innerhalb des Departements, **erreicht die Krise im VBS einen neuen Höhepunkt.** Gegen den Chef der Armee, Roland Nef, lief zum Zeitpunkt seiner Ernennung ein Strafverfahren. Über diese Fakten hat **Verteidigungsminister Samuel Schmid das Bundesratskollegium nicht informiert** und gerät zunehmend unter Druck. Armeechef Nef reicht Ende Monat sein Rücktrittsgesuch ein.

## AUGUST

Am 8. August stellt die SVP den Medien ihr Positionspapier „Das VBS – ein Sanierungsfall“ vor. Die Schweizer Armee ist in besorgniserregendem Zustand. **Keine Führung, kein klarer Auftrag, keine Identität und keine Orientierung.** Die Eskapaden um den zurückgetretenen Chef der Armee bilden nur die Spitze eines Eisbergs, der die Armee seit Jahren destabilisiert. **Die SVP zeigt die Missstände auf** und fordert die Geschäftsprüfungskommission auf, das VBS einer parlamentarischen Gesamtüberprüfung zu unterziehen. Nur so wird gewährleistet, dass die **Schweizer Armee künftig ihren ursprünglichen Auftrag** innerhalb der Schweiz wieder wahrnehmen kann.

In Sursee, Kanton Luzern, findet am 23. August ein **Sonderparteitag zum Thema „Primarschule“** auf dem Programm. Nachdem die vermeintlich fortschrittlichen Erziehungs- und Bildungstheorien der 68er versagt haben fordert die SVP, dass die Bildungspolitik auf ein neues Fundament gestellt werden muss, das sich an bewährten Werten ausrichtet: **Die Erziehungsverantwortung den Eltern, den Bildungsauftrag der Schule!**

**Schulzwang  
für 4-Jährige?**

**Einheitsschule HarmoS**

*Nein*

harmos-ist-nicht-harmlos.ch

Überparteiliches Komitee gegen HarmoS

Eine Harmonisierung des Schuleintrittsalters bei 4-Jahren, wie es das Konkordat HarmoS anstrebt, lehnen die Delegierten deutlich ab. **Kleinkinder sind in der Obhut der Eltern am besten aufgehoben** und die Erziehung der Kinder in der Familie soll durch Steuerabzüge begünstigt werden. Der Sonderparteitag **verabschiedet eine Primarschulresolution** mit dem Auftrag zur Erarbeitung eines ausführlichen Bildungspositionspapiers.

Bei den Regierungsratswahlen vom 31. August kann die **SVP mit ihren Vertretern Erhard Meister und Rosmarie Widmer-Gysel ihre beiden Regierungssitze in Schaffhausen** behaupten.

## SEPTEMBER

Die Finanzkrise spitzt sich zu und stellt die Schweizer Banken vor grosse Herausforderungen. Am 1. September zeigt die SVP an einer Pressekonferenz auf, **wie der Finanzplatz Schweiz gestärkt werden kann**. Es ist wichtig, dass verfehlter Aktivismus verhindert wird und dass die Stärken der Schweiz und des Bankenplatzes verteidigt werden. Dazu müssen **das Bankkundengeheimnis in der Verfassung** verankert und die **Goldreserven wieder erhöht** werden.

Am 14. September wird im Kanton Basel-Stadt gewählt. Die SVP verliert trotz **Reduktion der Sitzzahl von 130 auf 100 Sitze** nur einen Parlamentssitz. Damit wird die **SVP zur stärksten bürgerlichen Fraktion in Basel**.

### **Herbstsession 2008 (15. September - 3. Oktober 2008)**

*Die Bilanz der Herbstsession ist aus SVP-Sicht zwiespältig. Zwar können zahlreiche Erfolge erzielt werden - etwa im Bereich des Humanforschungsgesetzes, wo ein SVP-Antrag auf Ausgestaltung eines schlanken Verfassungsartikels obsiegt sowie im Bereich des Kulturförderungsgesetzes, bei welchem die SVP-Position ebenfalls eine Mehrheit findet. Weiter gelingt es der SVP, beim Patentgesetz im Nationalrat die nationale Erschöpfung vorläufig zu wahren und damit den Schutz der inländischen Innovationen aufrecht zu erhalten, nachdem der sich Ständerat in der Vorwoche für eine regionale Erschöpfung mit der EU ausgesprochen hat und am gleichen Tag in Widerspruch zur regionalen Erschöpfung ein Patentgerichtsgesetz mit dem Argument, den Innovationsstandort Schweiz zu stärken, verabschiedete. Weiter verhindert die SVP bei der von der FDP initiierten Vorlage zum Schutz der Passivraucher, dass fortan auf Bundesebene ein vollkommenes Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden gilt. Mit der in der Session verabschiedeten Vorlage bleiben Raucherbetriebe bis zu einer Fläche von 80 Quadratmetern möglich.*

*Diesen Erfolgen stehen aber folgenschwere Entscheide der Mitte-Links-Regierungskoalition entgegen. So folgt der Nationalrat einmal mehr der erfolglosen Verlagerungspolitik von Verkehrsminister Leuenberger und bewilligt 1.8 Milliarden Franken an neuen Subventionen für die Verkehrsverlagerung, obwohl bereits heute klar ist, dass das Mengenziel von 650'000 Fahrzeugen niemals erreicht werden kann. Obendrein bereitet der Nationalrat noch das Terrain für die EU-Alpentransitbörse. Ebenfalls entgegen dem Willen der SVP entscheidet der Nationalrat den FinöV-Gesamtkredit aufzustocken, vorerst in einer homöopathischen Dosis von einer zusätzlichen Milliarde, obwohl auch hier offensichtlich ist, dass diese niemals ausreichen wird, um die riesigen Milliardenlöcher zu stopfen. Weiter erhöht der Nationalrat die Tabaksteuer und lehnt eine Motion von Adrian Amstutz ab, wel-*

che verlangte, dass Lastwagen bei der LSVA mindestens zehn Jahre in der billigsten Kategorie bleiben. Der Ständerat erhöht die Entwicklungshilfe um zusätzliche 800 Millionen Franken, obwohl aus heutiger Sicht grosse Fragezeichen bestehen, wie diese zusätzlichen Zahlungen finanziert werden sollen. Der Ständerat strich schliesslich die Postmarktliberalisierung aus der Legislaturplanung des Bundes.

Ein wichtiger Schwerpunkt der Session ist die Ausrichtung und der Auftrag der Schweizer Armee. Seit Jahren herrscht im Verteidigungsdepartement eine permanente Führungslosigkeit, welche an der Ernennung von Roland Nef zum Armeechef exemplarisch zum Vorschein kam. Nachdem der Nationalrat in der Sommersession beim Militärgesetz wichtige Korrekturen im Sinne der SVP vornahm, schwenkt die kleine Kammer wieder auf die Linie des Bundesrates ein. Das Rüstungsprogramm wird im Nationalrat mit Hilfe der SVP abgelehnt, nachdem es die Ratsmehrheit entgegen den Anträgen der SVP nicht für notwendig erachtete, eine generelle Auslegung über die Probleme und Missstände (Führung, Material, Personal, Ausbildung, Einsatzfähigkeit) in der Armee zu erstellen, bevor neue Mittel gesprochen werden. Die grundsätzliche Überprüfung der Armee wäre ein wichtiger Schritt hin zu einer starken Armee gewesen. Der Nationalrat führt in der dritten Sessionswoche sodann zwei dringliche Debatten zur Armee und zu den Strompreiserhöhungen durch. Weil die Strommarktliberalisierung vom Departement Leuenberger systematisch unterlaufen und von Umweltkreisen mit zahlreichen Abgaben angereichert wurde, müssen die Stromkonsumenten nun die Zeche bezahlen. Ebenfalls behandelt werden zahlreiche Vorstösse der SVP-Fraktion. Während die Einführung der Einbürgerung auf Probe, sowie die Verhinderung der Einbürgerung von IV-Fällen und Sozialhilfebezügern im Nationalrat kein Gehör finden, überweist der Ständerat eine Motion, welche Transparenz über die vielfach ausländische Herkunft von Kriminellen herstellen möchte.

Besonderes stossend ist der vom Nationalrat getroffene Entscheid, die Immunität von Toni Brunner aufzuheben. Dabei handelt es sich um eine rein politisch motivierte Vorverurteilung des SVP-Präsidenten, um damit die gesamte Partei in Verruf zu bringen. Hierfür werden von der Koalition aus CVP, FDP und Linken rechtsstaatliche Grundsätze mit Füßen getreten. Am gleichen Morgen finden Bundesrichterwahlen statt. Zu besetzen sind 4 Vakanz im Bundesgericht und eine Vakanz am Bundesverwaltungsgericht. Obwohl an allen Gerichten mit Abstand am stärksten untervertreten, gewährte man der SVP – anstelle des Anspruchs auf zwei Sitze am Bundes- und einen Sitz am Bundesverwaltungsgericht – lediglich einen Sitz am Bundesgericht. Nicolas von Werdt (SVP/BE) wird mit dem besten Resultat neu gewählt. Die zweite SVP-Kandidatin, Claudia Bühler (SVP/ZH) wird von der Bundesversammlung nicht unterstützt. Einen Achtungserfolg erzielt SVP-Mann Rudolf Friedli (SVP/BE) beim Bundesverwaltungsgericht, welcher, obwohl nicht auf dem Wahlticket der Gerichtskommission, nur wenige Stimmen unter dem absoluten Mehr bleibt. Weiter werden die 34 wieder kandidierenden Bundesrichter (darunter 8 der SVP) für die nächsten 6 Jahre sowie der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts Christoph Bandli (SVP/GR) für 2 Jahre von der Bundesversammlung allesamt im Amt bestätigt. Als Ersatz für ein aus der SVP ausgetretenes BDP-Mitglied wird ausserdem Walter Wobmann (SVP/SO) als Ersatzstimmzähler des Nationalrates gewählt.

Im Kanton **Schaffhausen verliert die SVP bei den Kantonsratswahlen** – aufgrund der neuen Berechnungsregeln (doppelter Pukelsheim) und der Reduktion der Sitzzahl – 10 Mandate. Einen **Erfolg feiert die Junge SVP Schaffhausen**, welche ihren **Wähleranteil von 3.81% auf 5.59% ausbauen** kann.

## OKTOBER

An der Delegiertenversammlung vom 4. Oktober in Lenzburg (AG) steht die Armee im Zentrum. Die Schweizer Armee hat unsere Sicherheit zu gewährleisten. Deshalb kämpft die **SVP für eine glaubwürdige Landesverteidigung**. Um die Armee wieder zu stärken, verabschieden die Delegierten die beiden **Positionspapiere zur strategischen Lage der Schweiz und zum Armee-Auftrag**.

Des Weiteren beschliesst das oberste Gremium der SVP Schweiz deutlich die Nein-Parole zu den Eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008 im Bereich der Drogenpolitik. **Die Hanfinitiative wird mit 395 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Die Änderung des Bundesgesetzes über die Betäubungsmittel und psychotropen Stoffe wird mit 397 zu 4 Stimmen abgelehnt.** Die SVP fordert stattdessen ein klares Bekenntnis des Staates: „**Hände weg von Drogen!**“



An der SVP-Pressekonferenz vom 17. Oktober geht es um die **Leitlinien der Fraktion für die Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik** für die Legislaturperiode 2007 – 2011. Die masslose Politik der linken Gutmenschen hat dazu geführt, dass unsere Sozialwerke in der heutigen Form nicht mehr finanzierbar sind. Für die SVP ist klar, dass um die **Zukunft unserer Sozialwerke zu sichern**, deren **Ausbau gestoppt und der Missbrauch konsequent bekämpft** werden muss.

Am 23. Oktober folgt eine weitere Medienorientierung zu den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Im Positionspapier „**Die aktuelle Finanzkrise – eine Chance für die Schweiz**“ präsentiert die SVP ihr Konzept, wie die aktuelle Krise als Chance genutzt werden kann, um die Konkurrenzfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes sowie das Vertrauen in unser Bankensystem längerfristig zu stärken: **Die Rechte der Aktionäre sind im Rahmen der Revision des Aktienrechts zu verbessern.** Bei Unternehmen, die Geld vom Staat beanspruchen und über exzessive Bonussysteme verfügen, sind die **falsch gesetzten Anreize beim Entlohnungssystem sofort zu stoppen** und neu zu regeln. Das Klumpenrisiko, welches die Grossbanken für die Schweizer Volkswirtschaft darstellen soll über eine **Anpassung der Organisationsstrukturen** vermindert werden.

## NOVEMBER

Am 12. November **gibt Bundesrat Samuel Schmid seinen Rücktritt bekannt.** Die SVP-Fraktion hatte bereits Ende September entschieden, bei einer Vakanz im Bundesrat zur Ersatzwahl anzutreten. Im Anschluss an die Rücktrittsankündigung des Verteidigungsministers führt die Partei ein **offenes Nominationsverfahren** durch, in welchem alle Gremien und Kantonalparteien ihre Vorschläge für die Kandidatennomination einbringen können. Anlässlich ihrer ausserordentlichen Sitzung vom 27. November **nominiert die SVP-Fraktion einstimmig das Zweierticket Christoph Blocher / Ueli Maurer** als SVP-Kandidaten für die Bundesratswahl.

Nachdem das **Referendum gegen die verknüpfte Personenfreizügigkeitsvorlage zu Stande gekommen** ist, befasst sich am 29. November die Delegiertenversammlung in Dietikon (ZH) intensiv mit diesem Thema. Da die Schweiz insbesondere von der **Ausdehnung des Abkommens auf Rumänien und Bulgarien keinen Nutzen** hat und die Regierungsparteien einmal mehr in vorauseilendem Gehorsam Forderungen der EU durchzuwinken versuchen, ist die **SVP in der Pflicht sich für die Interessen der Schweiz einzusetzen.** Die Delegierten beschliessen mit **432:45 Stimmen bei 6 Enthaltungen die Nein-Parole.** Damit lehnt die SVP-Basis das undemokratische Paket zu 90% ab und fordert, dass die Vorlage aufgetrennt wird, wie es dem Volk in der Vergangenheit mehrfach versprochen wurde.

**Am 30. November wird über fünf Eidgenössische Vorlagen abgestimmt. Das Schweizer Volk lehnt die Hanfinitiative mit 63.2% ab, die Revision des Betäubungsmittelgesetzes wird hingegen deutlich gutgeheissen (68% Ja) Die Volksinitiativen „Für ein flexibles AHV-Alter“ mit 58.6% Nein und „Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik - Mehr Wachstum für die Schweiz!“ mit 66% Nein sind beim Stimmvolk chancenlos. Hingegen wird die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern knapp angenommen (51.9% Ja), was einmal mehr deutlich zeigt, dass die Bürger schärfere Strafen für Kriminelle wollen.**

**Wintersession 2008 (1. Dezember - 19. Dezember 2008)**

Zu Beginn der Wintersession werden Chiara Simoneschi-Cortesi (CVP/TI) als Nachfolgerin von André Bugnon zur Nationalratspräsidentin und Alain Berset (SP/FR) als Nachfolger von Christoffel Brändli zum Ständeratspräsidenten gewählt. Höhepunkt der Wintersession bildet die Ersatzwahl für den zurückgetretenen Verteidigungsminister Samuel Schmid (BDP). Die Vereinigte Bundesversammlung wählt am 10. Dezember 2008 den ehemaligen Parteipräsidenten Ueli Maurer im 3. Wahlgang mit 122 Stimmen als seinen Nachfolger. Nationalrat Hansjörg Walter (SVP/TG) erhält 121 Stimmen. Damit ist Ueli Maurer das 111. Mitglied des Bundesrates. Als Bundespräsident für das Jahr 2009 wird Hans-Rudolf Merz gewählt, Doris Leuthard wird Vizepräsidentin.

Wie jedes Jahr in der Wintersession bildet die Verabschiedung des Voranschlags einen wichtigen Schwerpunkt. Ursprünglich ist ein Einnahmenüberschuss von 1,4 Milliarden Franken für den Voranschlag 2009 geplant. Aufgrund der Wirtschaftskrise werden aber massive neue Ausgaben im Bereich der Gebäudesanierung, des Hochwasserschutzes bewilligt. Zugleich wird auf die Kreditsperre verzichtet. So resultiert am Schluss ein Überschuss von 948 Millionen Franken für den Voranschlag 2009. Aufgrund der Finanzkrise verabschieden beide Räte eine Vorlage zur Erhöhung des Einlegerschutz auf 100'000 Franken. Die Vorlage ist bis Ende 2010 befristet. Ausserdem heissen die Räte aus volkswirtschaftlichen Gesamtüberlegungen einen Kredit für eine Pflichtwandelanleihe in der Höhe von 6 Milliarden Franken an die UBS gut.

Beide Räte heissen die Vereinheitlichung der 26 kantonalen Zivilprozessordnungen unter ein gemeinsames eidgenössisches Dach gut. Damit ist nach der Verabschiedung der Strafprozessordnung ein weiterer Meilenstein im Justizwesen erreicht. Verabschiedet wird ausserdem auch die Senkung des Mindestumwandlungssatzes in der Beruflichen Vorsorge von 6,8 auf 6,4 Prozent. Die Linke hat gegen diese Vorlage das Referendum angekündigt. Weiter verabschieden die Räte eine Verfassungsänderung, welche die im Jahr 2003 eingeführte „allgemeine Volksinitiative“ wieder aufheben möchte, da die „allgemeine Volksinitiative“ ein unpraktikables und viel zu kompliziertes Instrument sei.

Nachdem der Ständerat vier Jahre dafür verwendet hat, nach einem Modell für die Zulassung der Ärzte in der Schweiz zu suchen, entscheidet er am Schluss auf die betreffende Revision nicht einzutreten und den Ball an den Nationalrat weiter zu reichen. Eine Lösung in diesem Bereich ist äusserst schwierig. Der Nationalrat rehabilitiert entgegen dem Willen der SVP 650 Schweizer, welche im spanischen Bürgerkrieg gekämpft hatten. Ebenso verabschiedet wird das Güterverkehrsgesetz, welches die ideologische Verlagerungspolitik von Bundesrat Leuenberger für die nächsten Jahre weiterführt. Das Gesetz gewährt dem Bundesrat die Kompetenz, mit der EU über die Einführung der Alpentransitbörse zu verhandeln. Ebenfalls unterliegt die SVP mit ihrem Anliegen, das Tabakbesteuerungsgesetz zu bekämpfen, welches die Steuer auf Schnittabak massiv erhöht. Ein Erfolg kann im Nationalrat erzielt werden, da dieser auf Antrag der SVP nicht auf das Bundesgesetz über die Wahrung der inneren Sicherheit eintritt. Der Ständerat berät als Zweitrat den Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen und macht die erfolgreichen Anträge der SVP aus dem Nationalrat teilweise wieder rückgängig. Der Nationalrat verabschiedet die zweite Etappe der Bahn2000 – genannt ZEB und bewilligt 5,4 Mil-

liarden Franken für diese Projekte, obwohl nicht einmal für die bisher bewilligten Projekte genügend Mittel zur Verfügung stehen. Weiter verabschiedet der Nationalrat das Patentanwalts- sowie das Patentgerichtsgesetz. Im Gegensatz zum Ständerat beschliesst der Nationalrat nur die hauptamtlichen Richter durch die Bundesversammlung wählen zu lassen. Einen eigentlichen Dammbbruch erlebt in der Winter-session der Patentschutz. Die Räte verabschieden ein Patentgesetz, welches vom Grundsatz der nationalen Erschöpfung abweicht und eine regionale Erschöpfung mit der EU vorsieht. Damit wird das geistige Eigentum in der Schweiz geschwächt. Nachdem die SVP in der Herbstsession das Rüstungsprogramm abgelehnt hatte, stimmt sie ihm nun zu, weil das VBS in der Zwischenzeit die notwendigen Grundlagen über die massiven Missstände in der Armee aufgearbeitet hat. Bei der Beratung des Militärgesetzes hält der Nationalrat am Verbot von Wiederholungskursen im Ausland fest, allerdings solle, entgegen dem Willen der SVP, Berufsmilitärs neu zu Auslandseinsätzen verpflichtet werden können. Beide Räte stimmen der Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 0,5 Prozentpunkte zu. Der Ständerat lehnt die Aufhebung der Immunität von Parteipräsident Toni Brunner ab. Ausserdem verabschiedet er als Erstrat eine Vorlage zur Verschärfung der Schuldenbremse, was insbesondere im Hinblick auf die schwächende Konjunktur und die drohenden Mehrausgaben äusserst wichtig ist. Der Nationalrat überweist eine Motion, welche die kalte Progression jährlich ausgleichen will. Ein weiteres Thema in beiden Räten ist die massive Strompreiserhöhung aufgrund der missglückten Einführung des neuen Stromversorgungsgesetzes. Beide Räte verabschieden Vorstösse zur Dämpfung der Strompreiserhöhungen. Am 3. Dezember 2008 wird Bundesrichter Lorenz Meyer (SVP/BE) mit einem Glanzresultat zum neuen Präsidenten des Bundesgerichts gewählt. Nationalrat Christoph Mörgeli wird am 8. Dezember 2008 bei Autounfall schwer verletzt. Am 10. Dezember 2008 findet im Anschluss an die Bundesratswahlen das traditionelle Fraktionsessen im Hotel Bellevue in Bern statt. Der neu gewählte Bundesrat Ueli Maurer wird von seinen Anhängern begrüsst und gebührend gefeiert.

Mit der **Wahl des ehemaligen SVP-Parteipräsidenten Ueli Maurer in den Bundesrat** macht das Parlament am 10. Dezember einen ersten Schritt zur Wiederherstellung der Konkordanz. Die **SVP übernimmt in einer schwierigen Zeit Regierungsverantwortung**, ist aber weiterhin untervertreten und strebt weiterhin einen zweiten Regierungssitz an.



Am 30. Dezember stellt die SVP an ihrer Pressekonferenz die **Abstimmungskampagne gegen das undemokratische Personenfreizügigkeitspaket** vor. Drei Raben symbolisieren die Gefahren, welche mit dieser Vorlage auf die Schweiz zukommen: Die **unkontrollierte Einwanderung**, der wachsende **Druck auf den Arbeitsmarkt und die Sozialwerke**, die fortschreitenden **Erpressungen durch die EU** und Drittstaaten sowie die **Unterwanderung der direkten Demokratie** durch die Internationalisten im Inland. All diesen will die SVP keine Freipässe verteilen und wird deshalb eine schweizweite Plakatkampagne für die Abstimmung vom 8. Februar 2009 führen.



Freipass für alle?  
**Nein**



8. Februar

Dem **SVP-Komitee gegen die Personenfreizügigkeit** gehören 30 Parlamentarier an.

## 2. SVP-Frauen Schweiz

Mit der von der SVP-Delegiertenversammlung am 1. März wiedergewählten Präsidentin, Rita Gyax, werden bereits am Anfang des Jahres die Ziele für die eidgenössischen Wahlen 2011 formuliert. Der Vorstand definiert das Konzept 2008 bis 2011 und legt die entsprechenden die Aktivitäten für eine erfolgreiche Umsetzung fest.

Die Delegierten der SVP-Frauen treffen sich fünf Mal zu Plenarversammlungen. Sie befassen sich jeweils eingehend mit Abstimmungsvorlagen. Im Februar in Winterthur waren Unternehmenssteuer II und die VI „Gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten“, im März in Bern informieren die neuen Nationalrätinnen über die ersten 100 Tage im Amt und die Delegierten diskutieren die Einbürgerungsinitiative. Im Juli treffen sich die Frauen in Brig mit den leitenden Organen der SVP und befassen sich mit der Zukunft der SVP-Frauen Schweiz. Die Septemberversammlung in Bern ist ganz der Hanfinitiative und der Änderung des Betäubungsmittelgesetzes gewidmet. An der Novembersitzung im Zentrum Paul Klee in Bern machten die SVP-Frauen Schweiz Gebrauch vom parteiinternen Nominationsverfahren und schlugen der Bundeshausfraktion Frau Regierungsrätin Rita Fuhrer für den frei werdenden Bundesratsplatz vor. Zusätzlich befassen sie sich mit Bildungspolitik und der Arbeit der SVP- Bildungskommission.

Mit Pressecommuniqués orientieren die SVP-Frauen Schweiz die Öffentlichkeit über ihre Parolen zu den Abstimmungsthemen und zu politischen Aktualitäten.

## 3. Vorstösse aus der SVP-Fraktion

Aus den Reihen der SVP-Bundeshausfraktion wurden im Berichtsjahr **36 Parlamentarische Initiativen, 102 Motionen, 14 Postulate, 126 Interpellationen und 26 Einfache Anfragen** eingereicht. Die komplette Übersicht über die Vorstösse ist im Internet unter [www.parlament.ch](http://www.parlament.ch) (Curia Vista, Geschäftsdatenbank) nach Fraktion, einzelnen Ratsmitgliedern, Datum oder Thema abrufbar.

## 4. Vernehmlassungsantworten der SVP

Im Jahr 2008 hat die SVP an **34 Vernehmlassungsverfahren** mitgewirkt:

- Nationales Programm Ernährung und Bewegung 2008 - 2012
- Nationales Programm Alkohol 2008 - 2012
- Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG)
- Anhörung zur Änderung der Luftreinhalte-Verordnung
- Genehmigung der Weiterführung des Abkommens über die Freizügigkeit zwi-

schen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der EU

- Genehmigung der Weiterführung des Abkommens über die Freizügigkeit zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der EU
- Parlamentarische Initiative der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK) des Nationalrates „Anreize für energetisch wirksame Massnahmen im Gebäudebereich“
- Anhörung zur Änderung der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPV)
- Anhörung zum 2. Verordnungspaket zur Umsetzung der Agrarpolitik 2011
- Teilrevision des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung (AVIG)
- Gesetzgebungsprojekt "Swissness"
- Totalrevision des Epidemiengesetzes (EPG)
- Teilrevision des Bundesgesetzes über die Forschung (Forschungsgesetz FG)
- Nationales Programm Tabak (NPT) 2008 - 2012
- Parlamentarische Initiative Steuerliche Abzugsfähigkeit von Zuwendungen an politische Parteien
- Entwürfe zur Krankenversicherung KVV, VKL und KLV
- Änderung des Obligationenrechts (Miete)
- Totalrevision Postgesetz und Postorganisationsgesetz
- 07.492 PA. IV. Schutz und Nutzung der Gewässer (UREK-SR)
- 07.429 Parlamentarische Initiative. Sanierung von belasteten Kugelfängen. Fristverlängerung bis 2012
- Ergänzungsregel zur Schuldenbremse
- Totalrevision der Verordnung über die Eidgenössische Berufsmaturität
- Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes
- Totalrevision des Bundesgesetzes über die Förderung von Turnen und Sport
- Änderung des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG)
- Teilrevision des Luftfahrtgesetzes (LFG; SR 748.0)
- Einführung biometrischer Ausweise: Änderung der Verordnung über die Aus-

weise für Schweizer Staatsangehörige (Ausweisverordnung, VAwG, SR 143.11)

- Anpassung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz
- Bundesgesetz über die Prävention und Gesundheitsförderung (Präventionsgesetz) und Bundesgesetz über das Schweizerische Institut für Prävention und Gesundheitsförderung
- Sanierung der Pensionskasse der SBB
- Totalrevision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen
- Schaffung einer Bilanzreserve zur Finanzierung von Begleitmassnahmen zu Gunsten der Landwirtschaft
- Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Richtlinie 2008/51/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2008 zur Änderung der Richtlinie 91/477/EWG des Rates über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) und Änderung im Waffengesetz (Anpassung der Umsetzung des Schengen-Besitzstands)
- Parlamentarische Initiative. SchKG. Begrenzung des Konkursprivilegs für Arbeitnehmerforderungen (Zanetti)

## 5. Positionspapiere der SVP

Im Jahr 2008 veröffentlicht die SVP folgende Positionspapiere:

Februar 2008	Freiheit und Eigenverantwortung statt Abhängigkeit und Korruption
März 2008	HarmoS - Das Volksschul-Zentralisierungs-Projekt
Juli 2008	Schweizer Qualität auch bei Einbürgerungen
Juli 2008	Der neue Allgemeine Teil des Strafgesetzbuches: "Ein Sanierungsfall"
Juli 2008	Positionspapier der SVP zur Erteilung des Schweizer Bürgerrechts
August 2008	Das VBS – ein Sanierungsfall!
September 2008	Finanzplatz stärken - Schweiz stärken!
Oktober 2008	Die aktuelle Finanzkrise – eine Chance für die Schweiz
Oktober 2008	Die sicherheitspolitische Lage der Schweiz

Oktober 2008      Der Armee-Auftrag

Oktober 2008      Sozialpolitik der SVP Schweiz

## **6. Communiqués, Pressedienste, Parteizeitung, Medienkonferenzen**

2008 veröffentlicht die SVP, SVP-Frauen und SVP-Senioren einbegriffen, **166 Pressecommuniqués** (Vorjahr 140). Die Abonnenten erhalten **52 Ausgaben des Pressedienstes** zugestellt. Die **Parteizeitschrift „Klartext“** erscheint weiterhin monatlich. Die Auflage tendiert Ende 2008 gegen 58'000 Exemplare.

Im Jahr 2008 führt die SVP **16 Medienkonferenzen** durch:

01.02.2008      Schluss mit EU-Angriffen auf unsere Souveränität

12.02.2008      Nein zum Arbeitsplatz-Export

15.02.2008      232'749 Unterschriften für mehr Sicherheit

25.02.2008      Freiheit und Eigenverantwortung statt Abhängigkeit und Korruption

25.03.2008      SVP tritt gegen HarmoS an

15.04.2008      Masseneinbürgerungen stoppen - JA zur Einbürgerungsinitiative

02.05.2008      Einbürgerungen: Die SVP geht neue Wege im Abstimmungskampf

02.06.2008      Die SVP zur Legislaturplanung 2007 - 2011

27.06.2008      Die Totengräber der Demokratie stoppen!

10.07.2008      Strafrecht: Sicherheit schaffen statt Täter verhätscheln

30.07.2008      Schweizer Qualität auch bei Einbürgerungen!

08.08.2008      Das VBS - Ein Sanierungsfall!

01.09.2008      Finanzplatz stärken - Schweiz stärken!

17.10.2008      Legislaturprogramm Sozialwerke 2007-2011

23.10.2008      Die aktuelle Finanzkrise – eine Chance für die Schweiz

30.12.2008      Freipass für alle? – Nein zur Personenfreizügigkeit!

## 7. Internet

Nachdem die Internet-Aktivitäten der SVP bereits im Wahljahr 2007 ihren Teil zum Wahlerfolg beigetragen haben dürften, konnten die Zugriffszahlen auf die Homepage [www.svp.ch](http://www.svp.ch) im Jahr 2008 noch einmal erhöht werden.

Im Berichtsjahr wurden total **12'079'607 Inhaltsseiten** vom SVP-Server abgerufen (Vorjahr: **9'134'885**). Das entspricht im Durchschnitt **1'379 abgerufenen Seiten pro Stunde** (Vorjahr: **1'043** Seiten pro Stunde).

Zusätzlich zum Standard-Inhalt auf der SVP-Website (Communiqués, Positionen, Abstimmungsparolen oder Unterlagen zu Pressekonferenzen) werden 2008 auch neue Ideen auf der Internet-Plattform umgesetzt. Insbesondere beginnt die SVP im Sommer 2008 mit der Produktion eigener **Internet-TV-Beiträge zur politischen Aktualität oder mit Hintergründen zu den SVP-Positionen**. Diese Filme können sowohl auf der Homepage der SVP als auch über [www.youtube.com](http://www.youtube.com) angesehen werden und sind ein zusätzlicher Kanal über den die Partei ungefilterte und unzensurierte Originalinformationen an die Sympathisanten und Wähler verbreiten kann.



## II. PARTEIORGANE

### 1. Delegiertenversammlung

Die Delegiertenversammlung (DV) der SVP Schweiz besteht aus 757 Delegierten und ist das oberste Organ der Partei. Im Jahr 2008 finden folgende 6 Delegiertenversammlungen statt:

Delegiertenversammlung vom 1. März 2008 in Frauenfeld (TG)

#### **Beschlussfassung zu EU-Forderungskatalog**

Die SVP hält auch in der Opposition an ihren grundsätzlichen Forderungen in der Europapolitik fest: Ein **Beitritt zur EU ist keine Option für die Schweiz**. Ein solcher stünde in klarem Widerspruch zu den tragenden Säulen der Schweizerischen Eidgenossenschaft – namentlich zur Souveränität, Neutralität, zur direkten Demokratie und zum föderalistischen Aufbau.

Die Delegierten beschliessen mit einer Gegenstimme den **EU-Forderungskatalog mit 12 europapolitischen Forderungen** an den Bundesrat anzunehmen.

#### **Beschlussfassung zur Statutenrevision**

Die Delegiertenversammlung beschliesst mit 2 Gegenstimmen die Statutenrevision und damit auch die **neue Struktur der Parteileitung** anzunehmen.

#### **Wahl der neuen Parteileitung**

Die Delegierten wählen die **fünf Vizepräsidenten** Adrian Amstutz (BE), Christoph Blocher (ZH), Walter Frey (ZH), Jasmin Hutter (SG), Yvan Perrin (NE); und **den Präsidenten Toni Brunner (SG)**. Von Amtes wegen Einsitz in die Parteileitung hat auch Fraktionspräsident Caspar Baader.

Delegiertenversammlung vom 5. April 2008 in Lungern (OW)

#### **Beschlussfassung zur Einbürgerungsinitiative**

Die SVP-Volksinitiative für demokratische Einbürgerungen will die bewährte Tradition der direkten Demokratie weiterführen. Die Volksinitiative verlangt, dass die **Stimmberechtigten in jeder Gemeinde** selbständig festlegen können, **wer für Einbürgerungsentscheide zuständig** ist.

Die Versammlung beschliesst mit 525:1 die **Ja-Parole** zur Einbürgerungsinitiative.

Die Versammlung würdigt den abtretenden **Generalsekretärs Gregor A. Rutz**, die abtretende **Vizepräsidentin, Nationalrätin Sylvia Flückiger**, den abtretenden **Parteipräsidenten, Nationalrat Ueli Maurer** sowie den abgewählten **Bundesrat Christoph Blocher**

Der Parteipräsident, Toni Brunner, orientiert über das **weitere Vorgehen betreffend der Ausschlussanträge** gegen Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf.

## Delegiertenversammlung vom 5. Juli 2008 in Brig (VS)

### **Stopp den undemokratischen Machenschaften!**

Die SVP Schweiz verzichtet auf ein Schein-Referendum gegen das undemokratische Personenfreizügigkeits-Paket. Die Delegierten beschliessen mit 326:166 Stimmen, den Antrag der Parteileitung anzunehmen und damit auf ein Referendum zu verzichten.

Die Delegiertenversammlung beauftragt die Parteigremien zudem, Vorschläge auszuarbeiten, wie in Zukunft solche undemokratischen Machenschaften verhindert und die **direkte Demokratie, die Volksrechte und die Unabhängigkeit unseres Landes** gestärkt werden können. Ein erster Schritt dazu ist die **aktive Unterstützung der Volksinitiative "für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk)"** der AUNS, welche die Versammlung grossmehrheitlich beschliesst.

### **Aufnahmeakt der neuen SVP Graubünden in die SVP Schweiz.**

## Ausserordentlicher Parteitag vom 23. August 2008 in Sursee (LU)

### **„Öffentliche Primarschule wohin?“**

In der Überzeugung,

- dass ohne Erziehung und Wertevermittlung ein gesellschaftliches Zusammenleben unmöglich wird,
- dass eine gute Allgemeinbildung die notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche wirtschaftliche, kulturelle und geistige Zukunft unseres Landes ist,
- dass Lernen und Leisten dem einzelnen Befriedigung und der Allgemeinheit Wohlstand bringen,

**beauftragen die Teilnehmer des Sonderparteitages** vom 23. August 2008 in Sursee die Parteileitung der SVP Schweiz **mit der Ausarbeitung eines umfassenden Bildungspapiers.**

Die **Resolution mit 9 Grundsätzen als Fundament für die Bildungspolitik** wird mit 332 zu 0 Stimmen (bei 4 Enthaltungen) angenommen.

Delegiertenversammlung vom 4. Oktober 2008 in Lenzburg (AG)

### **Immerwährende bewaffnete Neutralität**

Diskussion und Verabschiedung der **Positionspapiere „Strategische Lage“** und **„Armeeauftrag“** mit 424 zu 0 Stimmen.

### **Parolenfassung zu den beiden Eidgenössischen Volksabstimmungen vom 30. November 2008**

Die Delegierten der SVP geben ein klares Bekenntnis für eine abstinenzorientierte Drogenpolitik ab. Die **Hanfinitiative wird** mit 395 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung **abgelehnt**. Die **Änderung des Bundesgesetzes über die Betäubungsmittel** und psychotropen Stoffe **wird** mit 397 zu 4 Stimmen **abgelehnt**.

### **Diskussion und Beschluss zur Statutenänderung**

Nachdem die SVP im Sommer 2008 die Kantonalpartei der SVP graubünden ausschliessen musste, beantragt die Parteileitung eine Statutenänderung. **So sollen Personen, die eine Wahl in den Bundesrat annehmen, ohne von der SVP-Fraktion nominiert zu sein, automatisch aus der Partei ausgeschlossen werden.** Die Statutenänderung wird mit 350 zu 15 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

Delegiertenversammlung vom 29. November 2008 in Dietikon (ZH)

### **Personenfreizügigkeit: Eine Standortbestimmung**

Parolenfassung zum Bundesbeschluss über die Genehmigung der **Weiterführung des Freizügigkeitsabkommens** zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten sowie über die Genehmigung und die Umsetzung des Protokolls über die **Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Bulgarien und Rumänien**. Das **undemokratische, verfassungswidrige Paket**, welches die Parlamentsmehrheit geschnürt hat, kann aus Sicht der SVP nicht einfach hingenommen werden. **Die Delegierten fassen** mit 432:45 Stimmen bei 6 Enthaltungen **die Nein-Parole zur Personenfreizügigkeitsvorlage**.

## 2. Zentralvorstand

Der Zentralvorstand (ZV) setzt sich aus 112 Mitgliedern zusammen.

Vertreter von Amtes wegen gemäss Statuten Art. 18 Ziff 1 Abs. 1

(Stand: 31.12.2008)

<b>Parteipräsident</b>	<b>NR Toni Brunner (SG)</b>
Vizepräsidenten	NR Adrian Amstutz (BE)
	a. BR Chrstoph Blocher (ZH)
	a. NR Walter Frey(ZH)
	NR Jasmin Hutter (SG)
	NR Perrin Yvan, (NE)
Fraktionspräsident	NR Caspar Baader (BL)
Generalsekretär a.i.	Silvia Bär (BE)
Präsidentin SVP Frauen	Rita Gygax (BE)
Präsident SVP Senioren	NR Theophil Pfister (SG)
Präsident SVP International	Rolf B. Schudel
Präsidenten Kantonalparteien	AG Thomas Lüpold
	AI Emil Mock
	AR Edgar Bischof
	BE NR Rudolf Joder
	BL Dieter Spiess
	BS NR Jean Henri Dunant
	FR Gilberte Demont
	GE Soli Pardo
	GL Peter Rothlin
	GR Jon Peider Lemm
	JU Romain Schaer
	LU NR Yvette Estermann
	NE NR Yvan Perrin
	NW Peter Wyss
	OW Albert Sigrist
	SG Toni Thoma
	SH Werner Bolli
	SO Heinz Müller

	SZ	Judith Übersax
	TG	Walter Marty
	TI	Pierre Rusconi
	UR	Gusti Planzer
	VD	Gérald Nicod
	VS	Raphaël Filliez (UVS)
	VS	Franz Ruppen (OVS)
	ZG	Stephan Schleiss
	ZH	NR Ueli Maurer
	JSVP	Erich J. Hess

Vertreter durch Wahl gemäss Statuten Art. 18 Ziff. 1 Abs.2 Ziff.1:

AG	- Roger Fricker - NR Lieni Füglistaller - Pascal Furer
AI	- Martin Ebnetter
AR	- Werner Rechsteiner
BE	- Peter Bernasconi - Jolanda Brunner - Aliko M. Panayides - Jean-Blaise Defago - Michael Waber - Hans Rösti
BL	- Thomas de Courten - Hans-Jürgen Ringgenberg
BS	- Sebastian Frehner - Andreas Ungricht
FR	- Daniel C. Schär - Jean-Luc Rimaz
GE	- Eric Bertinat - a. NR Jacques Pagan
GL	- Marc Zittener
GR	- Roberto A. Keller - Urs Hoffmann
JU	- Philippe Müller
LU	- René Kuhn - NR Josef Kunz - Guido Müller
NE	- Raymond Clottu - Pierre-Alain Storrer
NW	- Christoph Keller
OW	- Susann Schmid

SG	- Markus Straub - Vakant - Vakant
SH	- SR Hannes Germann
SO	- Beat Ehram - NR Walter Wobmann
SZ	- Olivier Kessler - NR Pirmin Schwander
TG	- Margrit Aerne - NR Hansjörg Walter
TI	- Eros Mellini
UR	- Paul Dubacher
VD	- Nathalie Falcone - Claude-Alain Voiblet - Eric Bonjour
VS	- Fredy Ursprung (Oberwallis) - Raphaël Filliez (Valais romand)
ZG	- Vreni Althaus - Heinz Tännler
ZH	- Josephine Bianda - Max Binder, CN - NR Toni Bortoluzzi - NR Alfred Heer - NR Ernst Schibli - Daniela Vas - Jacqueline Hofer - Theres Weber
JSVP	- Erich Hess - Bernhard Zahner - Michele Losa

Vertreter durch Wahl gemäss Statuten Art. 18 Ziff. 1 Abs. 2 Ziff. 2  
(höchstens 15 weitere Mitglieder)

BE	- Susanne Huber
GL	- SR This Jenny
GR	- Reto Rauch
NW	- Michèle Blöchlinger
AG	- NR Sylvia Flückiger
SH	- NR Thomas Hurter
SZ	- Monika Lienert
TI	- Roberta Soldati
VD	- Michaël Buffat
ZH	- NR Christoph Mörgeli - NR Hans Fehr - a. NR Ulrich Schlüer
VS	- Christian Grichtig
GE	- Catherine Buchet

### 3. Leitender Ausschuss

Der Leitende Ausschuss (LA) setzt sich aus 28 Personen zusammen, die von Amtes wegen oder durch Wahl Mitglied sind. Der LA führt die laufenden Geschäfte der Partei, pflegt Kontakte zu den Kantonalparteien und sorgt für die Berücksichtigung deren Anliegen. Als Schlichtungsstelle untersucht und entscheidet der LA auf Begehren von Einzelmitgliedern, Parteiorganen, Sektions-, Bezirks- oder Kantonalparteien bei Streitigkeiten.

(Stand 31.12.2008)

<b>Parteipräsident</b>	<b>NR Toni Brunner (SG)</b>
Vizepräsidenten	NR Adrian Amstutz (BE)
	a. BR Christoph Blocher (ZH)
	a. NR Walter Frey (ZH)
	NR Jasmin Hutter (SG)
	NR Perrin Yvan (NE)
Fraktionspräsident	NR Caspar Baader (BL)
Generalsekretärin a.i.	Silvia Bär (BE)
Präsidenten der sechs absolut wählerstärksten Kantonalparteien	NR Ueli Maurer (ZH)
	NR Rudolf Joder (BE)
	Thomas Lüpold (AG)
	Toni Thoma (SG)
	NR Yvette Estermann (LU)
	Gérald Nicod (VD)
Präsidentin SVP Frauen Schweiz	Rita Gygax-Schwarz (BE)
Präsident SVP Senioren Schweiz	NR Theophil Pfister (SG)
Präsident Junge SVP Schweiz	Erich J. Hess (BE)
Vertreterin der Romandie	Catherine Buchet (GE)
Vertreter der italienischen Schweiz	Eros Mellini (TI)
Vertreter der romanischen Schweiz	Reto Rauch (GR)
Weitere Mitglieder	Michèle Blöchliger (NW) NR Hans Fehr (ZH) Raphael Filliez (VS) SR This Jenny (GL) NR Christoph Mörgeli (ZH) NR Pirmin Schwander (SZ) NR Hansjörg Walter (TG) NR Sylvia Flückiger (AG)

## 4. Parteileitung

Das Parteileitung setzt sich aus 7 Mitgliedern zusammen.

(Stand: 31.12.2008)

<b>Funktion</b>	
Präsident der SVP Schweiz	Nationalrat Toni Brunner (SG)
Vizepräsident	Nationalrat Adrian Amstutz (BE)
Vizepräsident	a. Bundesrat Christoph Blocher (ZH)
Vizepräsident	a. Nationalrat Walter Frey (ZH)
Vizepräsidentin	Nationalrätin Jasmin Hutter (SG)
Vizepräsident	Nationalrat Yvan Perrin (NE)
Fraktionspräsident	Nationalrat Caspar Baader (BL)

## 5. Generalsekretariat

Das Generalsekretariat ist die administrative Zentrale der Partei. Bei Abschluss des Berichtsjahres arbeiten folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf dem Generalsekretariat:

(Stand: 31.12.2008)

<b>Funktion</b>	<b>Mitarbeiter / Mitarbeiterin</b>
Generalsekretärin ad interim	Silvia Bär, Wiler (BE)
Fraktionssekretär	Urs Martin, Oberaach (TG)
Pressesprecher	Alain C. Hauert, Gümligen (BE)
stv. Pressesprecher	Kevin Grangier, La Tour-de-Peilz (VD)
Wissenschaftliche Mitarbeiter	Miriam Dagai, Oberwangen (BE)
	Kaspar Voellmy, Bern (BE)
	Matthias Müller, Bern (BE)
	Yves Bichsel, Uetendorf (BE)
Coordinateur UDC Romandie	Claude-Alain Voiblet, Lausanne (VD)
Schulung/Frauen	Ilse Kaufmann, Bülach (ZH)
Fraktionsassistentin	Jacqueline Lang, Reiden (LU)
Sekretariat	Susanne Rebora, Schliern (BE)
Assistentin d. Parteipräsidenten	Marcia Cerantola-Jenni, Kirchlindach (BE)

## 6. Fraktion der Bundesversammlung

Die Mitglieder des National- und Ständerates, die auf den Listen der SVP-Kantonalparteien gewählt werden, schliessen sich zu einer selbständigen Fraktion zusammen. Die Fraktion bezweckt die Verfechtung der politischen Ziele der SVP Schweiz innerhalb und ausserhalb der eidgenössischen Räte.

Mit 59 Nationalräten und 6 Ständeräten (64 SVP, 1 Lega) stellt die SVP die grösste Fraktion im eidgenössischen Parlament.

Nationalrätinnen und Nationalräte (Stand: 31.12.2008)

AG	Flückiger Sylvia, Schöftland Giezendanner Ulrich, Rothrist Glur Walter, Glashütten Killer Hans, Untersiggenthal Füglistaller Lieni, Rudolfstetten Stamm Luzi, Baden
BE	Aebi Andreas, Alchenstorf Amstutz Adrian, Sigriswil Geissbühler Andrea, Herrenschwanden Graber Jean-Pierre, La Neuveville Joder Rudolf, Belp Schenk Simon, Trubschachen von Siebenthal Erich, Gstaad Wandfluh Hansruedi, Frutigen
BL	Baader Caspar, Gelterkinden Miesch Christian, Titterten
BS	Dunant Jean Henri, Basel
FR	Rime Jean-François, Bulle
GE	Nidegger Yves, Genf Reymond André, Veyrier
JU	Baettig Dominique, Delémont
LU	Estermann Yvette, Kriens Kunz Josef, Grosswangen Müri Felix, Emmenbrücke
NE	Perrin Yvan, La Côte-aux-Fées
OW	von Rotz Christoph, Sarnen
SG	Bigger Elmar, Vilters-Wangs Brunner Toni, Ebnet-Kappel Hutter Jasmin, Altstätten Pfister Theophil, Flawil Reimann Lukas, Wil
SH	Hurter Thomas, Schaffhausen
SO	Borer Roland, Kestenholz Wobmann Walter, Gretzenbach
SZ	Föhn Peter, Muotathal Schwander Pirmin, Lachen

TG	Baumann J. Alexander, Kreuzlingen Spuhler Peter, Weiningen Walter Hansjörg, Wängi
TI	Attilio Bignasca, Lugano (Lega)
VD	Bugnon André, Saint-Prex Glauser Alice, Champvent Grin Jean-Pierre, Pomy Parmelin Guy, Bursins Veillon Pierre-François, Les Plans-sur-Bex
VS	Freysinger Oskar, Savièse
ZG	Scherer Marcel, Hünenberg
ZH	Binder Max, Illnau Bortoluzzi Toni, Affoltern a.A. Fehr Hans, Eglisau Heer Alfred, Zürich Kaufmann Hans, Wettswil Maurer Ueli, Wernetshausen Mörgeli Christoph, Uerikon Rickli Natalie, Winterthur Rutschmann Hans, Rafz Schibli Ernst, Otelfingen Stahl Jürg, Winterthur Zuppiger Bruno, Hinwil

#### Ständeräte (Stand: 31.12.2008)

AG	Reimann Maximilian, Gipf-Oberfrick
GL	Jenny This, Glarus
GR	Brändli Christoffel, Landquart
SH	Germann Hannes, Opfertshofen
SZ	Kuprecht Alex, Pfäffikon
TG	Bürgi Hermann, Dussnang

### III. EIDGENÖSSISCHE VOLKSABSTIMMUNGEN

Volksabstimmung vom 24. Februar	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja	Volk Nein	Stände Ja	Stände Nein	
Gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten	Nein	Nein	Nein	Ja	31.9 %	68.1 %	0	26	abgelehnt
Bundesgesetz über die Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeiten und Investitionen (Unternehmenssteuerreformgesetz II)	Ja	Ja	Ja	Nein	50.5 %	49.5 %	-	-	angenommen

Volksabstimmung vom 1. Juni	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja	Volk Nein	Stände Ja	Stände Nein	
für demokratische Einbürgerungen	Ja	Nein	Nein	Nein	36.2 %	63.8 %	1	25	abgelehnt
Volkssouveränität statt Behördenpropaganda	Ja	Nein	Nein	Nein	24.8 %	75.2 %	0	26	abgelehnt
Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung	Ja	Ja	Nein	Nein	30.5 %	69.5 %	-	-	abgelehnt

Volksabstimmung vom 30. November	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja	Volk Nein	Stände Ja	Stände Nein	
für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern	Ja	Nein	Nein	Nein	51.9 %	48.1 %	16 4/2	4 2/2	angenommen
Für ein flexibles AHV-Alter	Nein	Nein	Nein	Ja	41.4 %	58.6 %	4	16 6/2	abgelehnt
Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik - Mehr Wachstum für die Schweiz	Ja	Ja	Nein	Nein	34.0 %	66.0 %	0	26	abgelehnt
für eine vernünftige Hanf-Politik mit wirksamem Jugendschutz	Nein	Ja	Nein	Ja	36.7 %	63.3 %	0	26	abgelehnt
Änderung des Bundesgesetzes über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe (Betäubungsmittelgesetz, BetmG)	Nein	Ja	Ja	Ja	68.1 %	31.9 %	-	-	angenommen

## IV. BUNDESRATSWAHLEN

Die SVP-Fraktion nominierte ein Zweiticket Christoph Blocher / Ueli Maurer für die Bundesratsersatzwahl vom 10. Dezember. Der Anspruch der SVP auf den Bundesratssitz ist grundsätzlich unbestritten, dennoch versucht die Mitte-Links-Koalition den von der SVP vorgeschlagenen Vertreter zu verhindern, indem sie einen „Sprengkandidaten“ wählen. Nationalrat Hansjörg Walter hat sich diesen politischen Spielchen der Linken aber verweigert und damit den Weg frei gemacht für die Rückkehr der SVP in den Bundesrat. So wurde im dritten Wahlgang Ueli Maurer zum 111. Mitglied der Schweizer Landesregierung gewählt.

	1. Wahlgang	2. Wahlgang	3. Wahlgang
ausgeteilte Wahlzettel	244	244	244
eingegangene Wahlzettel	244	244	244
leer	2	1	1
ungültig	1	1	0
gültig	241	242	243
absolutes Mehr	121	122	122
Stimmen haben erhalten:			
Hansjörg Walter	109	121	121
Ueli Maurer	67	119	122
Christoph Blocher	54	-	-
verschiedene	11	2	0

## V. VERTRETUNG DER SVP IN DEN KANTONSPARLAMENTEN

(Stand 31. Dezember 2008)

Kanton	Wahljahr	SVP-Wähleranteil bei den kantonalen Wahlen	SVP-Sitze im Kantonsparlament	Total Sitze im Kantonsparlament
AG	2005	30.3 %	46	140
AI	jährlich	*	*	49
AR	2007 (alle 3 Jahre)	*	8	65
BE	2006	27.4 %	47	160
BL	2007	22.5 %	21	90
BS	2008	14 %	14	100
FR	2006	16.0 %	18	110
GE	2005	9.6 %	11	100
GL	2006	31 %	26	80
GR	2006 (alle 3 Jahre)	*	32	120
JU	2006	5.8 %	3	60
LU	2007	18.2%	23	120
NE	2005	15.6 %	17	115
NW	2006	19.5 %	10	60
OW	2006	13.8 %	6	55
SH	2008	32.6%	16	60
SO	2005	17.6 %	17	100
SG	2008	30.5 %	42	120
SZ	2008	37.5%	41	100
TG	2008	36.4%	51	130
TI	2007	4.6 %	5	90
UR	2008	30.4%	18	64
VD	2007 (alle 5 Jahre)	15.6 %	26	150
VS	2005	7.2 %	6	130
ZG	2006	20.1 %	17	80
ZH	2007	30.5 %	56	180

\* keine Angaben, weil Kreiswahlen oder Majorzwahlsystem

## VI. DIE SVP-KANTONALSEKTIONEN ONLINE

<b>SVP Schweiz</b>	<b>www.svp.ch</b>	<b>gs@svp.ch</b>
AG	www.svp-ag.ch	info@svp-ag.ch
AI	www.svp-ai.ch	svpai@gmx.ch
AR	www.svp-ar.ch	sekretariat@svp-ar.ch
BE	www.svp-bern.ch	sekretariat@svp-bern.ch
BL	www.svp-baselland.ch	info@svp-baselland.ch
BS	www.svp-basel.ch	info@svp-basel.ch
FR	www.svp-fr.ch	sekretariat@svp-fr.ch
GE	www.udc-geneve.ch	info@udc-geneve.ch
GL	www.svp-gl.ch	info@svp-gl.ch
GR	www.svp-gr.ch	sekretariat@svp-gr.ch
JU	www.udc-jura.ch	secretariat@udc-jura.ch
LU	www.svp-lu.ch	sekretariat@svp-lu.ch
NE	www.udc-ne.ch	secretariat@udc-ne.ch
NW	www.svp-nw.ch	info@svp-nw.ch
OW	www.svp-ow.ch	info@svp-ow.ch
SH	www.svp-sh.ch	info@svp-sh.ch
SG	www.svp-stgallen.ch	sekretariat@svp-stgallen.ch
SO	www.svp-so.ch	info@svp-so.ch
SZ	www.svp-sz.ch	sekretariat@svp-sz.ch
TG	www.svp-thurgau.ch	sekretariat@svp-thurgau.ch
TI	www.udc-ticino.ch	info@udc-ticino.ch
UR	www.svp-uri.ch	svp@svp-uri.ch
VD	www.udc-vaud.ch	secretariat@udc-vaud.ch
Oberwallis	www.svpo.ch	info@svpo.ch
Unterwallis	www.udc-valais.ch	sg@udc-valais.ch
ZG	www.svp-zug.ch	sekretariat@svp-zug.ch
ZH	www.svp-zuerich.ch	sekretariat@svp-zuerich.ch